

Japans Innenpolitik zwischen Konservatismus und Reformbestrebungen *

KARL F. ZAHL

I. Abgrenzung

Der schnelle Wiederaufstieg Japans nach dem Zweiten Weltkrieg hat in Ost und West zum Nachdenken über seine Erfolgsgründe angeregt. Die dabei aufgetretenen Schwierigkeiten der Urteilsbildung liegen vor allem in dem Mischcharakter der japanischen Kultur. Die irrationale Verflechtung traditional-asiatischer und überlagerter westlicher Verhaltensweisen hat sich bisher durchsichtigen Analysen entzogen. Wir finden daher meistens nur Teilanalysen vor, die sich auf Aspekt-Interpretationen – vornehmlich wirtschaftlich/sozialer, selten kultureller Art – beschränken. Die Zeit für eine Deutung des sozio-kulturellen Geschehens in toto scheint noch nicht gekommen zu sein.

Mit diesem Vorbehalt soll hier auf die Frage geantwortet werden, wie die inneren Spannungen der heutigen japanischen Gesellschaft auf dem begrenzten Sektor der politischen Konkurrenz zwischen Konservativen und Reformern zu beurteilen sind. Dabei wird untersucht:

in welcher Zusammensetzung und Gewichtsverteilung sich die konkurrierenden Gruppen gegenüberstehen;
von welchen Zielvorstellungen sie sich leiten lassen;
mit welchen Machtmitteln sie ihre Ziele zu erreichen versuchen;
und wie diese Momente die Ausrichtung und Verwirklichung großer Projekte der japanischen Nachkriegspolitik beeinflußt haben.

II. Trägerkreise

Das japanische Volk

Bei der Untersuchung der Trägerkreise der japanischen Politik müssen einige grundlegende historisch-soziologische Fakten aufgeführt werden, die das Verhalten der japanischen Bevölkerung – den Resonanzboden des politischen Geschehens – in groben Umrissen veranschaulichen.

Zur Zeit der Landesöffnung (1868) wurde das japanische Volk vom Schwertadel beherrscht, der sich aus nicht weniger als 5 v. H. der Gesamtbevölkerung (etwa 1,5 Millionen Schwerträger) zusammensetzte. Auch nach der Eröffnung des 1. Kaiserlichen Reichstages im Oktober 1890 blieb die Vertretung der Volksinteressen in den Hän-

* Nach einem Vortrag, den der Verfasser am 26. Mai 1972 vor der Gesellschaft für Auslandskunde in München gehalten hat.

den des Adels. Die bürgerliche Opposition kämpfte ohne nennenswerten Erfolg mit dem von der Schwertadelstradition inspirierten Militär und Staatsbeamtentum, um die große Last, die vor allem den Bauern im Interesse der Rüstung und Industrialisierung aufgebürdet wurde, zu mindern. Die nach dem I. Weltkrieg unternommenen Versuche, bürgerliche Berufspolitiker an den maßgeblichen politischen Prozessen in größerem Umfang zu beteiligen, wurden vereitelt. Die größte politische Partei – die Seiyu-Kai¹ – arbeitete in der Spitze mit Militär und Staatsverwaltung zusammen und wurde – wie auch die später konkurrierende Minsei-To² – von den in der Führung ebenfalls mit Schwertadelsfamilien durchsetzten Zaibatsu-Konzernen finanziert. Während des Pazifischen Krieges, der schwersten Zerreißprobe des disziplinierten und zur Entbehrung erzogenen japanischen Volkes, waren es wiederum leitende Staatsbeamte, welche die „Einheitspartei zur Unterstützung des Thrones“ kontrollierten (1940/45); von einer Volksvertretung konnte seit 1931 nicht mehr die Rede sein.

Dieses bis 1945 wenig befragte und kaum beteiligte Volk bildete seit der Landesöffnung den festen Boden für die internationale Selbstbehauptung der Nation, weil es mehr arbeitete, schlechter entlohnt wurde und mehr sparte als die Arbeiter in den konkurrierenden Industrienationen. Nach einer Statistik der Internationalen Arbeitsorganisation des Jahres 1960 lag die durchschnittliche japanische Arbeitszeit seit 1890 stets etwa 10% über dem europäischen und amerikanischen Niveau; dieser Vorsprung an ‚Arbeitswilligkeit‘ hielt lange vor. Erst zwischen 1960 und 1970 haben sich die Verhältniszahlen langsam verschoben. Für 1970 weist die Statistik des Japanischen Arbeitsministeriums eine durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 7,7 Stunden bei 23 Arbeitstagen in Betrieben mit mehr als 30 Belegschaftsmitgliedern aus³. Der Abstand von der 40-Stunden-Woche ist also noch deutlich zu erkennen. 1890 erhielt der japanische Arbeiter etwa ein Drittel, 1960 etwa die Hälfte der europäischen Löhne. In jüngster Zeit stiegen die Durchschnittslöhne⁴ von 1965 = 100 auf 1970 = 176,9; in absoluten Zahlen: von etwa 400 DM auf 710 DM⁵.

Dem „Weißbuch der Arbeit“ des Jahres 1966 ist zu entnehmen, daß die Japaner 1965 34,2% des Bruttosozialprodukts (BSP) sparten. In der Bundesrepublik Deutschland wurden zur gleichen Zeit Spareinlagen von 26,9%, in Großbritannien von 16,9% des BSP registriert. Eine Statistik des Japanischen Ministerpräsidenten-Büros vom Jahre 1961 weist aus, daß die japanische Lohnarbeiterschaft zwischen 1950 und 1960, also in einer Zeit des noch sehr ausgeprägten Nachholbedarfs, im Schnitt 15,7% ihres Einkommens sparte, während im gleichen Zeitraum von der Lohnarbeiterschaft der BRD 3,9% zurückgelegt wurden⁶. Aus alledem geht eine hohe Bereitschaft zur Selbsthilfe, zur Genügsamkeit und – wie Max Weber es genannt hat – zur „Folgebereitschaft“ der japanischen Bevölkerung hervor.

¹ „Gesellschaft der politischen Freunde“, 1900 von Ito Hirobumi mit der Absicht gegründet, seine Politik nicht ausschließlich auf Hof- und Schwertadel zu stützen.

² „Demokratische Partei“, 1927 von Hamaguchi Osachi organisiert.

³ Asahi Nenshan, 1972, S. 484.

⁴ Rodo Hakusho (Weißbuch der Arbeit), Tokyo 1971, S. 472.

⁵ Basierend auf den Yen-Werten der „Japan Labour Statistics“, hg. vom Japan Institute of Labour, Tokyo 1970, S. 70.

⁶ „Nihonjin no Keizai-Kodo“ (Das Wirtschaftsverhalten des Japaners), hg. von Sumiya Mikio, Tokyo 1969, S. 53–54.

In welchem Verhältnis steht nun die Schicht der einflußreichen Politiker zu diesem Volk?

Die eigenartige Zusammensetzung der politisch einflußreichen Japaner läßt sich nur historisch beschreiben. Der Soziologe Aso Makoto⁷ hat statistisch nachgewiesen, daß Nachkommen des japanischen Schwertadels aller Ränge bis zum I. Weltkrieg die Schlüsselpositionen der politischen Macht besetzt hielten. Bürger und Bauern waren in der höchsten Führungsschicht eine geduldete Ausnahme. Der erste Umbruch in der Zusammensetzung der Oberschicht trat in der Zwischenphase der sogenannten „Taisho-Demokratie“ (1912–1935) ein, als die liberale Wirtschaftsführung Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik gewann. Das Militär, in dem die Tradition des Schwertadels lebendig geblieben war, bereitete diesem Zwischenspiel mit seiner Expansionspolitik seit dem Beginn der dreißiger Jahre ein Ende.

Erst das Jahr 1945 brachte wesentliche Veränderungen im Aufbau der Führungsschicht. Sie ergaben sich aus der Demilitarisierung und dem Ausschluß des Militärs aus der aktiven Politik einerseits und der neuen Rolle der organisierten Arbeiterschaft andererseits. Zugleich wurden die Spitzenvertreter der militaristischen Expansionspolitik durch die Säuberungsaktion der amerikanischen Militärregierung für fünf bis sieben Jahre von leitenden Positionen ferngehalten. Bemerkenswert ist aber, daß das Gefüge der konservativen Politik durch diese Umstellung in seinen Grundfesten nicht erschüttert wurde⁸.

Die Konservativen

Die konservativen Parteipolitiker, die unter der Militärdiktatur ihren Einfluß fast völlig eingebüßt hatten, wahrten im Angesicht der Niederlage engen Zusammenhalt. Hatoyama Ichiro, eine der stärksten Persönlichkeiten der führenden konservativen Vorkriegspartei (der vorher erwähnten Seiyu-kai), traf am 15. August 1945 — also eine Woche nach den Atombombenabwürfen in Hiroshima und Nagasaki — mit seinem Stab (dem späteren Ministerpräsidenten Ashida, dem Parteipolitiker Kono Ichiro und dem Senior Hoshijima) zusammen, um eine Neugründung der Partei vorzubereiten. Und schon im November — also einen Monat nach der Kapitulation und vor dem Inkrafttreten der Säuberung — waren alle ehemaligen konservativen Parteien, an der Spitze die Jiyu-to⁹ Hatoyamas, neu formiert, und zwar unter direkter Anknüpfung an die Spielregeln der alten Parteiapparate! Hatoyama fiel zwar bald dem Berufsverbot zum Opfer, wurde aber von dem kaisertreuen Altliberalen Yoshida Shigeru abgelöst, der als erfahrener Diplomat mit großem Geschick die Mittlerrolle zur Militärregierung übernahm. Es ist als ein Musterbeispiel für die Kontinuität der konservativen Politik Japans anzusehen, daß 1946 im Vorstand der Jiyu-to neben vier Junioren elf Vertreter der politischen Vorkriegsgeneration saßen¹⁰.

Ähnlich sah es in der staatlichen Verwaltung aus, die bei der Säuberung von der

⁷ „Eriito to Kyoiku“, Tokyo 1967, S. 214 ff.

⁸ Vgl. Baerwald, Hans H.: „The Purge of Japanese Leaders under the Occupation“, Berkely and Los Angeles 1959, S. 80.

⁹ Liberale Partei.

¹⁰ Fukui Haruhiro: „Jiyuminshu-to Seisaku-Kettei“ (Politische Willensbildung in der Liberaldemokratischen Partei), Tokyo 1969, S. 42.

Militärregierung geschont wurde¹¹ und — ohne die verhältnismäßig geringe Zahl der krassesten Befürworter der Militärdiktatur — von Yoshida Shigeru übernommen werden konnte. Yoshida sorgte auch dafür, daß seine tüchtigsten Ministerialbeamten nach der Pensionierung (in Japan: als 55jährige!) in die Politik gingen. Seit 1960 gibt es unter den japanischen Parlamentariern nicht weniger als etwa 25 v. H. Abgeordnete, die aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind und im Gesetzgebungsprozeß eine führende Rolle spielen¹².

Der einzige Machtwechsel bedeutender Art innerhalb des konservativen Regimes fand bei der Ablösung Yoshidas durch Hatoyama Ende 1954 statt. Damals trat die alte Garde der Vorkriegsliberalen wieder an die Front der Tagespolitik. Schon bei den Unterhauswahlen von 1952 war die Szene für diesen Zwischenakt vorbereitet. Nach Abschluß des Friedensvertrages von San Franzisko und der Aufhebung des Berufsverbots stellten sich die Senioren dem Unterhauswahlkampf. Allein von den 329 Jiyu-to-Kandidaten wurden 139 — ein starkes Drittel — „alte Herren“ gewählt. Mit dieser Seniorenriege der 60- bis 70jährigen trat auch die Vorkriegsgeneration der Wirtschaftsführung wieder ans Rampenlicht der Öffentlichkeit, die in den ersten Nachkriegsjahren — trotz Berufsverbots — schon sehr eifrig hinter den Kulissen operiert hatte. Ihre beiden bekanntesten Vertreter, Ishizaka Taizo und Uemura Kogoro, waren damals (1952) schon 66 und 58 Jahre alt und sind heute noch als 86- und 78jährige „im Geschirr“. Sie und ihre Mitarbeiter waren es, die im ersten Nachkriegsjahrzehnt die zentralen Verbände als Interessengemeinschaft der japanischen Wirtschaft aufbauten, die — was Straffheit und Zusammenhalt anbelangt — die Unternehmerorganisationen und Handelskammern der Vorkriegszeit weit übertraf und das Festhalten an bestimmten Grundsätzen der Wirtschaftspolitik über zwei Jahrzehnte ermöglichte. Die „großen alten Männer“ der Wirtschaft überlebten alle Wechselfälle der Parteipolitik und verhalfen — nach dem zweieinhalbjährigen Zwischenspiel der Yoshida-Gegner — wieder der sog. „Hauptströmung“ zur Macht, in der die leitende Ministerialbürokratie dominierte. Seit 1957, als Kishi Nobusuke (der leibliche, ältere Bruder Sato Eisakus, der von November 1964 bis Juli 1972 Ministerpräsident war) den Stab übernahm, war diese Gruppe des rechten konservativen Flügels tonangebend. 1960 wurde der Yoshida-Schüler und Fachmann der Finanzverwaltung, Ikeda Hayato, Ministerpräsident. Ihm folgte Ende 1964 Sato Eisaku, der aus dem Eisenbahnministerium hervorging und sich als Vollstrecker des Yoshida-Testaments betrachtete. Auch die — bis Juli 1972 — aussichtsreichsten Anwärter auf die Nachfolge Satos: Tanaka Kakuei, Fukuda Takeo und Ohira Masayoshi, stehen in der Tradition der konservativen „Hauptströmung“ und (abgesehen von dem Berufspolitiker Tanaka) des kaiserlichen Beamtentums.

Der inzwischen neugewählte LDP-Parteiführer und Ministerpräsident Tanaka ist nach den grundsätzlichen Leitgedanken seines Handelns als Angehöriger der konservativen „Hauptströmung“ zu betrachten — und zwar trotz der Tatsache, daß er sich von der Politik seines ehemaligen Patronatsgruppenführers Sato mit Rücksicht auf die inneren Verhältnisse Japans bei seiner Wahl und im Interesse der eigenen Profilierung distanzierte.

Es ist also schon an den Umrissen der konservativen Trägerkreise zu erkennen, daß

¹¹ Vgl. Baerwald, a.a.O., S. 80.

¹² Vgl. Fukui, a.a.O., S. 43.

die Reformer gegenüber dem Establishment einen schweren Stand haben. Sie sind, gemessen an der „halbewigen“ konservativen Herrschaft, eine „halbewige“ Minderheit ohne Regierungserfahrung, bei der Weltanschauung, Ideologie und Programmdiskussion eine überragende Rolle spielen.

III. Zielvorstellungen

Die Reformisten

Erschwerend für die innenpolitische Durchsetzung wirkte bei Sozialisten und Kommunisten der fremde Ursprung ihrer Wertvorstellungen. Eine asiatische Kulturgrundlage hat nur das buddhistisch-moralpolitische Konzept der Komei-to (Partei für Öffentliche Redlichkeit), deren Muttergruppe, die Sokagakkai¹³, sich zur Nichiren-Lehre¹⁴ bekennt und aus fünf Millionen Haushalten bestehen soll. Den Sokagakkai-Gläubigen haften ebenso wie den japanischen Sozialisten und Kommunisten fanatische und utopische Züge an, die historische und sozial-psychologische Ursachen haben¹⁵. Marxisten und Kommunisten waren bis 1945 verfeimt und als Anhänger „gefährlicher fremder Ideen“ verfolgt¹⁶. Die 1962 politisch formierte Sokagakkai-Gemeinde wird konsequent zur Bekehrungspraxis erzogen und hat den Heilsglauben eines „auserwählten Volkes“.

Ein weiteres Kennzeichen der Reformbewegung marxistisch/kommunistischer Herkunft ist die Distanzierung vom Traditionsstaat, ja die Ablehnung des Tenno-Staates überhaupt. Diese Haltung hat sich im Umgang mit dem am historischen Materialismus geschulten, kritischen Geschichtsdanken ausgebildet. Das heute noch von der Kaiserlichen Familie zelebrierte Hohe Priesteramt des **Shinto**, das auch dem aufgeklärten Japaner noch einen Anflug von Pietätsempfindungen abverlangt, wird von der fortschrittlichen Intelligenz als Werkzeug zur Aufrechterhaltung der konservativen Herrschaft angesehen, das sich die Reste eines magischen Volksglaubens zunutze macht. Es ist vorstellbar, daß diese Abwertung des Traditionsgehalts der Monarchie (zumal dann, wenn sie sich mit der Zukunftsvision von der Aufhebung der Staatsordnung in der klassenlosen Gesellschaft verbindet) in ihrer gedanklichen

¹³ Die sog. „Gesellschaft zur Schaffung ideeller Werte“ (des Schönen, Nützlichen und Guten) wurde 1931 gegründet und steht heute unter der geistigen Führung von Ikeda Taisaku. Ihr politischer Arm ist die im November 1964 gegründete Komei-to.

¹⁴ Nichiren (1222–1282) ist der militante Gründer der Hokke-Sekte, in deren Mittelpunkt die Hingabe an die Lehre der Lotus-Sutra steht.

¹⁵ Vgl. Seki Yoshihiko: „Zur Entwicklung und zum Selbstverständnis der sozialistischen Bewegung in Japan“, in: Internationales Asienforum, Vol. I, 4, 1970, S. 548–560.

¹⁶ Im Oktober 1945 wurde der Alt-Kommunist Tokuda Kyu-ichi aus dem Zuchthaus von Fuchu entlassen. Sein erschütternder Bericht über „18 Jahre Kerkerhaft“, die er als einer der wenigen seiner Leidensgenossen überlebte, wurde nach dem Kriege viel gelesen und gilt heute noch als ein Zeugnis geistiger und sittlicher Widerstandskraft gegen ein machtpolitisch überlegenes System. Sein ungebrochener Wille, „das japanische Volk zu befreien“, ist (trotz der später zu erwähnenden Anpassungsbewegungen des Marxismus/Kommunismus an den unerwartet schnellen Wirtschaftsaufschwung Japans) heute noch als politisches Testament in der japanischen Reformbewegung lebendig. Vgl. „Goku-chu Ju-hachi-nen“, Tokyo 1947; im Auszug wieder erschienen in „Kakumei no Shiso“ (Die Ideen der Revolution), hg. von Haniya Yutaka, Tokyo 1970.

Radikalität von den überwiegend autoritätsgläubigen Japanern nicht vollzogen werden kann.

Hier sind die Grenzen der Mittelbarkeit gesellschaftskritischer Ideen auf japanischem Boden zu erkennen. Hinzu kommt, daß die Vorgänge in den kommunistischen Staaten während der fünfziger Jahre die immanente Unsicherheit der Ziel- und Wertvorstellungen der japanischen Reformer noch erhöhten. Die ungarische Tragödie vom November 1956, die moralische Verurteilung Stalins und — später — die Atombombenversuche Pekings lösten in der marxistisch/kommunistischen Tagesliteratur Japans endlose Debatten aus, die — trotz aller Hartnäckigkeit der Orthodoxen — die Unhaltbarkeit der These von der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft und dem Kommen der klassenlosen Gesellschaft erwiesen.

Die japanischen Kommunisten haben seit der Mitte der fünfziger Jahre die Konsequenzen aus dieser Lage gezogen, indem sie sich (was immer dahinter stehen mag) zum Parlamentarismus bekannten¹⁷ und für eine bewaffnete Neutralität Japans eintraten. Das veranlaßte die radikalen Studentengruppen, sich von ihnen zu trennen und die Revolution auf eigene Faust zu betreiben. Seitdem hat sich bei den japanischen Gewerkschaften — dem Kernbereich der sozialen Bewegung — eine eigenartige Mischform von orthodox-politischen **und** auf wirtschaftlichen Interessenausgleich mit der Unternehmerschaft abzielenden, pragmatischen Kampfformen ausgebildet, die das Fortbestehen der Ambivalenz deutlich widerspiegelt.

Um nur einige symbolhafte Beispiele für widersprüchliche Wertvorstellungen zu nennen: In den japanischen Unternehmensgewerkschaften kommt es nicht selten vor, daß leitende Funktionäre ins Management überwechseln (nicht etwa als Arbeitsdirektoren, sondern als Vertreter von Unternehmensinteressen!)¹⁸. Ferner: Die hochbezahlten Facharbeiter der Großunternehmen wählen vorwiegend Oppositionsparteien, während die wesentlich schlechter bezahlten Lohnarbeiter der kleinen Betriebe vorwiegend den Konservativen ihre Stimme geben. Und schließlich: Die Sozialistische Partei Japans kann sich nicht dazu entschließen, den Glauben an eine Erziehung der Volksmassen zum Avantgardismus aufzugeben, statt — wie die konkurrierenden Kommunisten und Sokagakkai-Anhänger — sich um die praktischen Tages- und Existenzsorgen ihrer Wähler zu kümmern und dadurch ihre Aussichten, eine Volkspartei zu werden und an die Macht zu gelangen, zu verbessern¹⁹.

Die Konservativen

Die Konservativen sind in ihren Zielvorstellungen ur-pragmatisch. In ihrem Bewußtsein schließen sich Traditionsverhalten und Reformstreben **nicht** aus. In der Tat sind die großen Reformen der Meiji-Zeit von konservativen Geistern durchgeführt worden — nach dem Motto: an den alten Tugenden festhalten **und** die westliche Zivilisation übernehmen. Gerade dieses Verhalten, das von den Gläubigen geschlossener weltanschaulicher Systeme stets als ein Mangel an gedanklicher Folge-

¹⁷ Fortsetzung der — zeitweilig von der KPJ zugunsten der These vom gewaltsamen Umsturz aufgegebenen — Lehre von der „Friedlichen Revolution“, die schon 1946 von Nosaka Sanzo, dem heutigen Alterspräsidenten der KPJ, verkündet worden war.

¹⁸ Ito Mitsuharu: „Hoshu to Kakushin no Nihon-teki Koza“ (Das japanische Verhältnis von Konservativen und Reformern), Tokyo 1970, S. 7 ff.

¹⁹ Vgl. Seki, a.a.O., S. 552 ff.

richtigkeit und als Flucht vor der sozialen Verantwortung gebrandmarkt worden ist, hat die Selbstbehauptung Japans in einer kolonisierten asiatischen Umwelt ermöglicht. Der japanische Nachkriegskonservatismus trägt die gleichen Merkmale der Beweglichkeit zwischen den geistigen Fronten, die ihm auch heute noch den Vorwurf der Doppelzüngigkeit einbringt. Es gibt z. Z. unter dem Dach der regierenden Liberal-Demokratischen Partei drei Strömungen: die „Alte Rechte“, die „Neue Rechte“ und die „Dissidenten“.

Die Alte Rechte, die das Konzept der kaisertreuen Alt-Liberalen aus der Vorkriegszeit in die Gegenwart getragen hat, versteht Politik als Machtentfaltung des Staates. Sato Eisaku, der von 1965 bis zum Juli 1972 einflußreichste Exponent dieser Richtung, hat in einer Grundsatzrede von der Notwendigkeit gesprochen, diesen Staat „wiederaufzubauen“, dessen Bürger keine Versorgungsansprüche stellen, sondern im Geist der sozialen Solidarität dem Gesellschaftsganzen **dienen** sollen²⁰. Die Neue Rechte ist nicht weniger staatsbewußt, befürwortet jedoch – in Anpassung an die veränderte Position Japans in der Welt – den Primat der Wirtschaftspolitik, in die eine fortschrittliche Sozialpolitik integriert werden soll. Und die kleine links-liberale, scharf gegen die Übermacht der leitenden Ministerialbeamten und Wirtschaftsquellen des Regimes polemisierende Gruppe aus der parteipolitisch/journalistischen Tradition betrachtet sich als Bindeglied zu den progressiven Reformern, die den Wohlfahrtsstaat und eine außenpolitische Autonomie (sprich: Distanzierung von den Vereinigten Staaten und Annäherung an die kommunistische Welt sowie an die Bündnisfreien) propagiert.

Konvergenz?

Faßt man das Spektrum der Zielvorstellungen der japanischen Nachkriegspolitik ins Auge, so ist trotz der scharfen Gegensätze von links und rechts deutlich eine Konvergenz zu gesteigertem nationalen Selbstbewußtsein zu erkennen. Die Alte und Neue Rechte sind energisch bemüht, die überlieferten Verhaltensweisen – den Grundstock der „nationalen Tugenden“ – aus dem Gewirr der pluralistischen Ziellosigkeit zu retten und den internationalen Handlungsspielraum Japans zu erweitern. Der Wirtschaftserfolg der beiden vergangenen Jahrzehnte hat die Opposition andererseits gezwungen, Konzessionen an das neue Selbstbewußtsein der japanischen Bevölkerung zu machen. Sie will, daß endlich das japanische Volk einen gerechten Anteil am Erfolg der Nation erhält und eine größere Unabhängigkeit von fremden Machteinflüssen erreicht.

Der soziale Friedensstaat **japanischer** Prägung ist zu einem Symbol geworden, zu dem selbst die äußerste Rechte ein Lippenbekenntnis ablegt. Auch die auf dem äußersten linken Flügel stehende Intelligenz sieht – im Angesicht der großen kommunistischen Brüder, deren Willensrichtungen mit den ihren nicht mehr in Einklang zu bringen sind – wie sich ihr Aktionsspielraum auf die japanischen Inseln einengt, und rechnet in aller Offenheit mit langen Zeiträumen für die „Umerziehung“ der japanischen Bevölkerung zu einer progressiv-demokratischen Gesinnung.

²⁰ Anläßlich der „Öffentlichen Kabinettsitzung“ in Matsue am 25. Sept. 1969; zitiert bei Uchida Kenzo: „Sengo Nihon no Hoshuseiji“ (Die Konservative Politik Japans in der Nachkriegszeit), Tokyo 1969, S. 226.

IV. Willensbildung links und rechts

In welchem Verhältnis stehen diese Zielvorstellungen zur politischen Aktion? Wo und mit welchen Mitteln wird angegriffen und wo wird verteidigt?

Die japanische Linke wird nicht müde, die Korruptionerscheinungen zu enthüllen, die sich während der ein Vierteljahrhundert andauernden, fast ununterbrochenen Herrschaft bei den Konservativen eingestellt haben. Sie wird dabei von **allen** großen Tageszeitungen so nachdrücklich unterstützt, daß der lesefreudige Japaner heute relativ gut darüber informiert ist, woher die Politiker ihr Geld beziehen. Die Kritik richtet sich vor allem gegen die Spenden der Wirtschaft, deren Verwendung unübersichtlich ist.

Das neueste Jahrbuch der „Asahi Shimbun“ (1972) gibt eine Statistik des Japanischen Selbstverwaltungsministeriums über die gesamten offiziell gemeldeten Einnahmen und Ausgaben der fünf japanischen Parteien aus dem Jahre 1971 in Höhe von etwa 150 Mio. DM wieder. Danach wird der Löwenanteil von etwa 78 Mio. DM von der regierenden Liberaldemokratischen (LDP) ausgegeben. Ihr folgen die KPJ und die buddhistische Komei-to mit 40 und 30 Mio. DM. Die offiziell gemeldeten Ausgaben der beiden militanten Oppositionsparteien liegen also nur knapp unter denen der LDP. Sie sind stolz darauf, keine Gelder von der Wirtschaft zu nehmen, und sanieren sich aus Mitgliederbeiträgen, Spenden von Einzelpersonen und Publikationsgewinnen. Die Sozialisten als größte Oppositionspartei werden von der Wirtschaft nur ganz gering dotiert und verfügen aus selbst aufgebrauchten Mitteln über nicht mehr als etwa 6 Mio. DM, d. h. sie liegen unter 10 v. H. der LDP- und KPJ/Komei-to-Ausgaben. Den bescheidensten Anteil weisen die (gemäßigten) Demokratischen Sozialisten mit etwa 2,5 Mio. DM auf, die etwa zur Hälfte von der Wirtschaft kommen — ein Zeichen dafür, daß diese Partei als systemkonform und eventueller Koalitionspartner der Rechten honoriert wird. Aus dem Gesamtbild ergibt sich eine verschärfte finanzielle Konkurrenz um die Macht, die sich seit dem Beginn der sechziger Jahre entwickelt hat, als die Komei-to auf den Plan trat und die Kommunisten mehr Zulauf erhielten.

Wo aber liegt nun der „Stein des Anstoßes“? Er liegt bei den sehr hohen Mitteln, die auf getarnten, wenn auch nicht unbekanntem Wegen den sog. „habatsu“, den Patronatsgruppen der LDP, zugeleitet werden. An der Spitze eines „habatsu“ steht die Vaterfigur des Patrons. Ihm ordnen sich seine „Kinder“ (Gefolgsleute) unter — und zwar auf Lebenszeit (im Bereich der Politik eingeschränkt auf die aktuelle politische Lebensdauer des „Vaters“). Diese quasi-familiale Institution ist in der Feudalordnung entstanden und findet sich noch heute in allen sozialen Breiten: unter Intellektuellen und Managern ebenso wie in den handwerklich orientierten Gewerben; und schließlich auf der untersten sozialen Ebene: besonders scharf ausgeprägt bei den Zünften der Gangster.

In den konservativen Parteien haben die „habatsu“ seit der Meiji-Zeit die Willensbildung im Rahmen von Gruppenkonglomeraten erleichtert. Letzte Entscheidungen wurden in den oligarchischen Gremien der Patrone vorbereitet oder gefällt. Der „Vater“ revanchiert sich für die Treue seiner „Kinder“, indem er sie — so großzügig, wie es ihm finanziell möglich ist — unterhält. Heute dienen die Patronatsgruppen der LDP, die durch Satzung nicht gebunden sind, auch als Vermittler zwischen den am Prozeß der Machtbildung beteiligten Alters-, Berufs- und Pressionsgruppen. Innerparteilich spielen sie bei der Wahl des Parteiführers (und damit des Ministerpräsidenten) die entscheidende Rolle. Institutionell betrachtet, haben sie den Vor-

teil, Gruppenziele auf lange Dauer (selbst im Zustand der Machtlosigkeit) durchhalten zu können. Jeder konservative Parteiführer ist auf eine Koalition mit mehreren Patronatsgruppen angewiesen, wenn er eine arbeitsfähige Mehrheit aufbauen will.

In die Kanäle der sechs einflußreichsten „habatsu“ flossen 1965 etwa 15 Mio. DM²¹. Sieben davon wurden höchstpersönlich von dem damals am Beginn seiner Regierungszeit stehenden einflußreichsten Gruppenführer, dem 1972 abgelösten Ministerpräsidenten Sato, verwaltet. Wenn man davon ausgeht, daß diese Gelder nicht verschenkt werden, wird man – bei aller Zurückhaltung – annehmen müssen, daß sich auf diese Weise zwischen den Interessengruppen außerhalb der Partei und den Patronatsgruppen Beziehungen höchst persönlicher, nicht-sachlicher Art einstellen. Die Opposition drückt sich weniger zartfühlend aus, wenn sie behauptet, daß die LDP finanziell völlig in der Hand der Wirtschaftsverbände sei.

Diese Mobilmachung politischer Gelder aus wirtschaftlichen Quellen schafft nicht nur Abhängigkeiten, sondern verleitet außerdem zur Vernachlässigung der Wähler auf kommunaler Ebene. Sie erschwert damit die Konkurrenz mit den Kommunisten und Nationalbuddhisten, die täglich in unermüdlicher Kleinarbeit um die Unentschiedenen werben. Die LDP ist eine Partei von Abgeordneten. Der Schock des Jahres 1960, als spontan einige hunderttausend Demonstranten gegen den Sicherheitspakt auf die Straße gingen und vor dem Parlament Revolutionsstimmung herrschte, löste daher in der konservativen Oberschicht die Befürchtung aus, daß dieses Vorbild sich zu einem approbaten Mittel der Massenagitation entwickeln könnte. Diese Sorge ist nicht unberechtigt.

Es gibt unter der Oberfläche des allgemeinen Wohlverhaltens eine Nervosität, die aus der ständigen Überlastung der japanischen Bevölkerung resultiert. Die Wohn- und Verkehrsverhältnisse in den Großstädten sind auch für den geduldigen Japaner höchst strapazierend. Im Zuge des so imponierenden Wirtschaftswachstums ist z. B. die durchschnittliche Wohnraumfläche in den Ballungszentren kleiner geworden! In ihrem Bannkreis haben sich durch die Motorisierung und durch die Expansion der Schwerindustrie die allgemeinen Lebensverhältnisse teils so verschlechtert, daß bereits eine Tendenz zu einer Rückwanderung in die Provinz zu erkennen ist. Darüber hinaus bleibt die Altersversorgung immer noch zum wesentlichen Teil dem einzelnen oder seiner Familie überlassen. Die Kriminalität der Jugendlichen in den Großstädten ist im letzten Jahrzehnt rapide in die Höhe gegangen. Die Bevölkerung beginnt zu verstehen, daß der Industrialisierungserfolg mit dem Verzicht auf die notwendigsten Sozialinvestitionen erkaufte wurde.

Wie haben es die Konservativen, so muß man fragen, dennoch fertiggebracht, die Mehrheit der Wähler auf ihrer Seite zu halten? Wie gelang es ihnen, bei den Unterhauswahlen im Dezember 1969 fast 50 v. H. der gültigen Stimmen und 300 von 491 Sitzen des Parlaments zu erhalten? Nun, sie hätten sich schwerlich so erfolgreich durchsetzen können, wenn der industrielle Erfolg nicht auch positive soziale Effekte gehabt hätte, die von dem Ministerpräsidenten Ikeda zu Beginn der sechziger Jahre zu einer breit angelegten Propagandaoffensive unter dem Motto „Wir verdoppeln innerhalb eines Jahrzehnts das Volkseinkommen!“ genutzt wurden. Mit dieser

²¹ Vgl. Fukui, a.a.O., S. 190.

Parole und der Abkehr von der innenpolitischen Konfrontationshaltung seines Vorgängers Kishi gelang es Ikeda, ein halbes Jahr nach den beunruhigenden Demonstrationen in Tokyo im November 1960 die absolute Mehrheit im Unterhaus und 57 v. H. der gültigen Stimmen zu erhalten. Von seinen engsten Mitarbeitern (Maeo, Ohira und Miyazawa, die als leitende Ministerialbeamte der Wirtschaftsverwaltung nach dem Kriege Karriere gemacht hatten) wurden damals der Slogan „shimpo-teki kanri“ („fortschrittliche Form der sozialen Kontrolle“) geprägt, mit dem die Aufrechterhaltung des konservativen Übergewichts durch höhere Löhne im Rahmen des rapiden Wirtschaftswachstums und durch Kompromisse mit der Opposition gemeint ist.

Wenn man weiter fragt, warum diese Art der Wirtschaftspropaganda bei der japanischen Wählerschaft so gut ankam, und warum es der Opposition nicht gelang, diese Art der Werbung politisch zu diskreditieren, ist eine Antwort unter Berücksichtigung der eigenartigen japanischen Sozialverhältnisse geboten. Das Stichwort lautet: Unternehmensgebundenheit der organisierten Arbeiter und Angestellten.

Sie wurde schon nach dem Ersten Weltkrieg durch das System der Beschäftigung auf Lebenszeit institutionalisiert, und zwar in der Absicht, soziale Sicherheit auf Betriebsebene **und** stabile Arbeitskräftereserven im Unternehmensrahmen zu schaffen. Dieses System belohnt die Betriebstreue durch Lohn- und Gehaltsstaffelung nach Dauer des Beschäftigungsverhältnisses, ist also ein Mittel zur Einschränkung der Mobilität. Es knüpft an das Traditionsmodell der Betriebsfamilie an. Das Pendant auf der Seite der Interessenvertretung der Lohnarbeiter und Angestellten ist die Betriebs- oder Unternehmensgewerkschaft, deren Mitgliedschaft beim Eintritt in die Firma automatisch erworben wird und meistens bis zum Ende des Arbeitslebens andauert. Diese Einzelgewerkschaften sind zwar regional und fachlich zu übergeordneten Verbänden zusammengeschlossen, an deren Spitze mehrere konkurrierende Gewerkschaftsbünde reformistischer oder interessenmäßiger Ausrichtung stehen, aber das wichtigste Instrument des sozialen Ausgleichs – das Aushandeln der Löhne – liegt in den Händen der einzelnen Betriebs- oder Unternehmensgewerkschaft. Nicht auf Verbandsebene abgeschlossene Tarifverträge sind hier verbindlich, sondern die mit dem Einzelunternehmer getroffenen Lohnvereinbarungen. Und ausschlaggebend für das jeweilige Verhandlungsergebnis ist die wirtschaftliche Lage des Unternehmens. Die Dachverbände fungieren lediglich als Schrittmacher, indem sie etwa Übereinstimmung über die Reihenfolge des Vorgehens beim Lohnkampf (d. h. beim Vorschicken der Gewerkschaften von Spitzenunternehmen mit den besten Lohnkampfchancen) erzielen und die politischen Agitationsparolen ausgeben.

Mit anderen Worten: Es gibt in Japan kein ausgeprägtes horizontales Klassenbewußtsein, sondern eine Orientierung zum Unternehmen und zur Unternehmensspitze – bei Angestellten **und** Lohnarbeitern, ja selbst bei den leitenden Gewerkschaftsfunktionären. Bei dieser Interessenverklitterung von Kapital und Arbeit ist es leicht vorstellbar, daß die Agitation der linken Sozialisten und der Kommunisten gegen die Monopole der Wirtschaft nur geringe Erfolge erzielt. Wenn man mit dem Finger auf die Machtbasis der japanischen Konservativen zeigen will, dann ist sie hier – in dieser eigenartigen Unternehmens- und Beschäftigungsstruktur – zu finden.

Von diesem Blickpunkt aus wird auch einsichtig, warum sich bei der japanischen Wirtschaftsführung seit 1950 eine so imponierende Machtfülle ansammeln konnte. Die Spitzenverbände der Wirtschaft finanzieren nicht nur die Regierungspartei, sondern beherrschen auch die Lohnpolitik und – im weiteren Sinne – die Sozialpolitik des Landes. Sie versorgen u. a. auch die kooperative Ministerialbürokratie nach der Pensionierung mit einträglichen Posten. Kein Wunder, daß die Stimme der japanischen Wirtschaftsführung bei allen kritischen Passagen und Wendepunkten der nationalen Politik gehört wird. Gehört und befolgt, ohne daß es eines besonderen Nachdrucks bedarf!

Dieses in Umrissen geschilderte Machtübergewicht einer relativ dünnen Schicht wabenförmig gegliederter, autoritärer Gruppen in einem formal-demokratisch funktionierenden System ist die Ursache dafür, daß das gesamtgesellschaftliche Gleichgewicht höchst delikater Natur ist. Es wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten vorwiegend mit wirtschaftspolitischen Mitteln in der Waage gehalten, denen das Trägheitsmoment einer konservativ gestimmten, auf soziale Existenzsicherung bedachten Bevölkerung entgegenkam. Ein Ausgleich in Form der Beteiligung oppositioneller Kräfte auf höchster politischer Entscheidungsebene hat nicht stattgefunden. Das Bedürfnis nach mehr **politischer** Beteiligung wächst aber zusehends. Es hat sich angesiedelt in dem veränderten Bewußtsein der Großstädter und wird auf kommunaler Ebene genährt von der unermüdlichen politischen Kleinarbeit der KPJ und der Nationalbuddhisten. Nur durch die Zusammenarbeit mit der KPJ gelang es den Sozialisten ihre Kompromißkandidaten im Frühjahr 1971 für die Gouverneursposten in Tokyo und Osaka durchzubringen. Die bei den Gouverneurswahlen in allen Provinzen von den Kommunisten erzielten 1,1 Mio. Stimmen wurden von den Sozialisten nur um 700 000 übertroffen. Die insgesamt erzielten sozialistisch/kommunistischen 2,9 Mio. Stimmen betragen zwar nur 14,5 v. H. des konservativen Stimmenaufkommens, konzentrierten sich aber auf die beiden größten Städte des Landes.

Ein weiterer Faktor bei der Beurteilung der Agitationswirkung der Linken ist ihre Verschwisterung mit nationalistischen Parolen. Sie propagiert außenpolitische Autonomie und versteht darunter eine Abkehr von dem Sicherheitspakt mit den Vereinigten Staaten. Die Radikalität dieser Vorstellungen ist erkennbar an ihrer Verbindung mit einem Traumbild: man hofft auf ein kollektives Sicherheitsgefüge, zu dem sich die konkurrierenden Supermächte zusammenfinden, um die Neutralität und Unabhängigkeit Japans uneigennützig zu garantieren. Hinter diesem ‚Wunschtraum‘ verbirgt sich ein tiefes Unsicherheitsgefühl, das zwar von allen einflußreichen politischen Gruppen (mit Ausnahme links- und rechtsradikaler Splitter) verdrängt wird, dessen Wurzeln aber in der sicherheitspolitisch labilen Situation des Inselreiches liegen. Die Konservativen verlassen sich – wenigstens in ihren offiziellen Äußerungen – auf das atomare Patt, während die Sozialisten China zu einer traditionell friedfertigen Macht deklarieren. Mit diesen Bemäntelungen wird die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß Japan keine unmittelbaren Anlehnungsmöglichkeiten an ein regional-nachbarschaftliches Sicherheitssystem hat. Der amerikanische Atomschirm ist weiträumiger Art; Korea und Taiwan belasten das japanische Sicherheitskonto.

Dieser Seitenblick auf außenpolitische Zusammenhänge sollte veranschaulichen, daß der ungewöhnlich starken innenpolitischen Absicherung des konservativen

Systems keineswegs eine Ausgewogenheit der Kräfte, Zielvorstellungen und Willensrichtungen im Raum der Gesamtgesellschaft entspricht. Die soziale Balance ist prekär und erfährt ständig neue Korrekturen und Anpassungsbewegungen seitens der konservativen Herrschaft.

V. Nationale Projekte

Wie haben diese kurz umrissenen Gruppenkonstellationen, Leitvorstellungen und Formen der Willensbildung die großen Projekte der japanischen Nachkriegszeit beeinflusst?

In hohem Maße entscheidend für die japanische Nachkriegsentwicklung war die Durchsetzung des sog. einseitigen Friedens- und Sicherheitsvertrages mit den Vereinigten Staaten gegen den Willen der Opposition; ferner der zähe Widerstand Yoshidas gegen die Forderung von Dulles, eine Wiederaufrüstung Japans in größerem Umfang einzuleiten. Er verstand es, seine amerikanischen Gesprächspartner von dem Vorrang des **wirtschaftlichen** Wiederaufbaus zu überzeugen und sich Rückendeckung für eine antikommunistische Säuberung – vor allem in den Massenmedien – zu verschaffen. Nach Yoshidas Rücktritt trug die Verschmelzung der konkurrierenden konservativen Gruppen zu einer Einheitspartei (1955) wesentlich zur Konsolidierung des Regimes bei. Im Gegensatz dazu trat im Lager der Opposition seit 1960 eine ideologische Zersplitterung ein, die zu dem heute bestehenden Fünf-Parteien-System führte.

Von innenpolitischer Relevanz war ferner das Scheitern der von der Hatoyama-Gruppe unternommenen Versuche, das Verhältnis zu Peking aufzulockern. Die Werbung des Vorkriegsindustriellen Takasaki Tatsunosuke um eine Ausweitung des Chinahandels blieb ohne politische Folgen. Seine Prophezeiung, daß der Sicherheitsvertrag mit den Vereinigten Staaten eines Tages von Japan abfallen werde „wie ein Schorf“²², ging bisher nicht in Erfüllung. Unter Kishi, d. h. seit 1957, wurde die Bremse der konservativen Rechten gegen Peking wieder scharf angezogen. Die Opposition tat ihrerseits alles, um den Normalisierungseifer zu schüren. Während Ikeda darauf flexibel reagierte, lenkte Sato wieder deutlich auf den amerikanischen Kurs ein und zentrierte mit den Okinawa-Verhandlungen die Aufmerksamkeit der japanischen Öffentlichkeit auf ein **nationales** Anliegen. Seine zögernde und inhaltende Taktik gegenüber dem innenpolitisch immer stärker vorgetragenen Normalisierungsdruck legt die Vermutung nahe, daß die konservative Rechte erst dann Regierungsverhandlungen mit Peking aufnehmen wollte, wenn sie keinen Gesichtverlust hinnehmen mußte.

Die jetzige Regierung Tanaka mußte die Reserve gegenüber Peking aufgeben, weil sich der innen- und außenpolitische Normalisierungsdruck unaufhörlich verstärkt hatte. Durch die Reise Nixons nach Peking war Japan – gemessen an dem wachsenden internationalen Anerkennungstrend – in Verzug geraten, und die früher als unrealistisch abgewerteten Entspannungsbemühungen der Sozialisten wurden durch die Umweltereignisse gerechtfertigt. Unter diesen Umständen unterlagen die japanischen Konservativen dem Zwang, selbst die Initiative zur Einleitung von Regierungsgesprächen mit Chou En-lai zu ergreifen.

²² Vgl. Uchida, a.a.O., S. 192.

Die Kritik der Opposition an der konservativen Wirtschaftspolitik fand bis zum Ende der sechziger Jahre bei der japanischen Bevölkerung keinen nennenswerten Widerhall. Es ist eher festzustellen, daß die breiten Volksschichten — seit einem Jahrhundert an einen Existenzkampf von äußerster Härte gewöhnt — den wirtschaftlichen Erfolg euphorisch miterlebten. Diese positive Reaktion auf das Wirtschaftswunder, die Satos politische Lebensdauer verlängerte, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das schnelle Wirtschaftswachstum mit einseitigen und volkswirtschaftlich riskanten Mitteln herbeigeführt wurde. Der innere Zusammenhalt, die personelle Kontinuität und das Zielbewußtsein der konservativen Oberschicht ermöglichten eine maximale Ausnützung außen- und binnenwirtschaftlicher Vorteile: des fixen Wechselkurses des Yen zum US-Dollar über einen langen Zeitraum bei steigender Produktivität, der relativ niedrigen Löhne und der anhaltenden hohen Weltmarktpreise.

Diese Ausnützung war maximal, weil zugleich eine bewußte Investitionsenthaltung im Bereich der Sozialpolitik, der Infrastruktur, der nationalen Sicherheit und der Binnenerschließung geübt wurde. Diese Unterlassungen werden aber Japan in den kommenden Jahrzehnten schwer belasten, zumal in der jüngsten Vergangenheit bei den handelspolitischen Auseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten die verletzliche Wirtschaftslage des Inselreiches in Erscheinung getreten ist. Derzeit wird bereits eine nervöse Debatte darüber geführt, bis zu welchem Ausmaß staatliche Schuldverschreibungen zulässig sind, um das Wachstumstempo der Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Der Opposition werden sich unter diesen Umständen breite Angriffsflächen und möglicherweise neue Wege zur Konzentration ihrer Aktionsmittel bieten. Der Wille zu einer Sammlung der Mitte gegen die Konservativen ist bei den rechten Sozialisten und den Nationalbuddhisten ebenso wie in den Gewerkschaften vorhanden.

Die Erschließung neuer Märkte für den japanischen Export wird zunehmend schwieriger werden. Demgegenüber muß mit einem sich schnell verändernden Konsumverhalten — also auch mit höheren sozialen Ansprüchen — der japanischen Stadtbevölkerung gerechnet werden. Die Ausgaben für Infrastruktur, Umweltschutz und auch die Rüstung werden sich wesentlich erhöhen. Je weiter sich die Vereinigten Staaten aus der Peripherie ihres Einflußbereiches zurückziehen, desto zwingender wird es für Japan werden, seine Sicherheitsausgaben zu steigern.

Setzt man diese Faktoren in Beziehung zu der geschilderten Unausgewogenheit der innenpolitischen Machtkonkurrenz, so wird man nicht umhin können, mit einer zunehmenden innenpolitischen Polarisierung zu rechnen. Den japanischen Konservativen wird nun die Rechnung für ihre Unterlassungssünden präsentiert werden. Ihre sprichwörtliche innenpolitische Wendigkeit wird vor allem dann auf eine harte Probe gestellt sein, wenn die außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Existenzbedingungen Japans sich verschlechtern.